

Antwort auf aktuelle Fragen

Konfrontationskurs nicht mit Helsinki vereinbar

Als am 1. August 1975 die Schlußakte der Konferenz von Helsinki unterzeichnet wurde, betonte Genosse Erich Hon-ecker: „Unser Ziel ist, für immer Aggression und Krieg aus dem Leben der europäischen Völker und Staaten zu verbannen.“¹ Die auf Initiative der sozialistischen Länder einberufene Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war Ausdruck des Willens der Völker zur Verständigung und Zusammenarbeit und der realen Möglichkeiten zu friedlicher Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die Schlußakte der Konferenz ist eine völkerrechtlich bedeutsame Charta des Friedens und der Sicherheit in Europa und besiegelte mit der Unterschrift der führenden Repräsentanten aus 35 Staaten ein langfristiges Programm friedlicher Zusammenarbeit und konstruktiver Beziehungen zum Wohle der Völker Europas.

Mit der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz wurde ein qualitativer Fortschritt im Kampf um die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und die Entwicklung einer gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der europäischen Staaten erzielt.

Erstens wurden die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der revolutionären Nachkriegsentwicklung entstandenen politischen und territorialen Realitäten anerkannt. Die Anerken-

nung des territorialen Status quo ist eindeutig und verbindlich in der Feststellung fixiert: „Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in der Zukunft keinen Abschlag auf diese Grenzen verüben.“²

Zweitens erfolgt die Anerkennung des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten, das die Grundlage der souveränen Wahl ihres politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systems begründet. Drittens enthält die Schlußakte einen klaren Verzicht der Un-

Reaktionäre Kräfte verschärfen Situation

Heute, nachdem fünf Jahre vergangen sind, können wir feststellen, daß die Politik der DDR in Übereinstimmung mit der von der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages verfolgten außenpolitischen Linie den Vereinbarungen von Helsinki konsequent Rechnung trägt. Das belegen unter anderem die vielfältigen Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten zur militärischen Entspannung.³

Jene Kräfte, denen das Zustandekommen und die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki bereits 1975 ein Dom im Auge waren, haben jedoch in den vergangenen Jahren ihre Anstrengungen verstärkt, um die Politik der Entspannung

terzeignerstaaten auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und die erklärte Bereitschaft, entstehende Streitfragen mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Viertens steckt sie den Rahmen für eine Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft, Technik, Kultur, des Informationsaustausches und der Kontakte ab.

Fünftens wurden wesentliche Verpflichtungen zur Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vereinbart, die dem Entstehen neuer Gefahren für Frieden und Sicherheit sowie der Liquidierung elementarer politischer, sozialer und kultureller Bürgerrechte durch faschistische oder rassistische Entwicklungen entgegenwirken.

durch einen abenteuerlichen Kurs *Mer* Konfrontation und eine Verschärfung der internationalen Situation zu unterlaufen. Im krassen Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Konferenz von Helsinki hat die Carter-Administration, unterstützt von den aggressiven und einflußreichen Kreisen des Militär-Industrie-Komplexes in westeuropäischen NATO-Staaten, alles versucht, um internationale Spannungsherde zu schaffen und auf der Grundlage einer längst gescheiterten „Politik der Stärke“ ihr innen- und außenpolitisches Dilemma vergessen zu machen und erneut den Weltgendarmen zu spielen.

Daß die NATO-Staaten das in Helsinki Unterzeichnete lang-